

# Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neukirch und Umgegend

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda behördlicherseits bestimmte Blatt



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May, S. m. b. H. in Bischofswerda. — Postcheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbands Girokasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Verkaufspreis: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbmöndlich 1.10, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 45 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonnabendnummer 15 Pfg.)

Verleger: Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgenhoweiser Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Vorfierung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einseitige Willimeterzeile 10 Pfg., örtliche Anzeigen 8 Pfg. Im Textblock die 90 mm breite Willimeterzeile 30 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 182

Freitag, den 5. August 1932.

87. Jahrgang

## Tageschau.

- Die Regierung wird gegen den Strafenerror nunmehr verlässlich Maßnahmen anwenden. Die Verhängung des Ausnahmezustandes, von dem in den Vortagen noch die Rede war, ist nicht ins Auge gefaßt. Dagegen besteht die Absicht, die Bestimmungen über den Waffenbesitz wesentlich zu verschärfen. Außerdem will man für die zahlreichen politischen Ausschreitungen nötigenfalls Sonderkammern bei den Landgerichten schaffen, die dann im Schnellverfahren, also ohne umständliche Erhebungen, aburteilen würden und gegen deren Entscheidung nur noch das Reichsgericht angerufen werden könnte.
- Es werden täglich immer wieder neue politische Gewalttaten gemeldet.
- In einem Leitartikel schreibt der „Völkische Beobachter“, daß die Nationalsozialisten nicht daran denken, an einer Koalition teilzunehmen.
- Der amerikanische Senator Borah setzt sich in einer Rede energisch für die Reparations- und Kriegsschuldensicherung ein, ohne die eine Weltwirtschaftskonferenz wertlos sei.
- Oesterreich stimmt dem Lausanner Anleiheprotokoll zu und steht so vor der Ratifikation.
- Wie verlautet, hat sich das Arier Stationskommando an die Familien der mit der „Hilse“ Untergegangenen gewandt und ihnen vorgeschlagen, die Toten auf dem Platz des Arier Garnisonfriedhofes in Einzelgräbern beizusetzen und dort ein würdiges Ehrenmal zu errichten.
- Der Personenverkehr bei der Reichsbahn blieb im Juni hinter dem des Mai bedeutend zurück.
- Picard wird erst Ende nächster Woche zum Staatspräsidenten aufsteigen.
- In Polen wurden am Mittwochnachmittag bei einem schweren Gewitter 11 Personen getötet.

\*) Ausführliches an anderer Stelle.

## Nach der Schlacht.

Im Kampf getrennt — zur Arbeit vereint!

Neben dem Anschwellen der nationalsozialistischen Stimmen zeitigten die Wahlen am 31. Juli noch ein zweites bedeutendes Ergebnis: Die Wählerschaft hat sich vom Parteienystem abgewandt. Von 27 Parteien — die Bayerische Volkspartei wird hierbei dem Zentrum zugerechnet — erreichten nur 12 eine Vertretung im Reichstage, und von diesen zwölf sind es fünf, welche die Hauptmasse der Abgeordneten, nämlich 586 von 804, d. h. fast 97 Prozent, stellen, während sich die anderen sieben in die übrigen achtzehn Abgeordneten teilen. Nach den auf sie entfallenden Stimmen ordnen sich die 27 Parteien in drei Gruppen. Die fünf großen vereinigten 34,9 Millionen, das sind 94,8 Prozent der Stimmen auf sich. Zehn kleine Parteien müssen sich zusammen 1,8 Millionen gleich 4,9 Prozent beanlagen, und zwölf Splitterparteien brachten es zusammen auf nur 125 000, also 0,3 Prozent der Stimmen. Bemerkenswert ist, daß auch ehemals starke Parteien wie Deutsche Volkspartei und Staatspartei, gar nicht zu reden von der fast völlig aufgeliebenen Wirtschaftspartei, nur je ein Prozent der Wählerstimmen erringen konnten.

Eine solche Entscheidung ist auch hinsichtlich der Weimarer Koalition gefallen, die teils offen, teils versteckt seit 1919 die Geschichte Deutschlands maßgebend beeinflusst hat. Die zu ihr gehörenden Parteien, Sozialdemokratie, Zentrum mit Bayerischer Volkspartei, Staatspartei, erhielten nur etwa ebenso viel Mandate wie die Nationalsozialisten allein. Wie man auch persönlich zu den Parteien eingestellt sein mag — an der Tatsache kann man nicht vorbeisehen, daß sich die Volksmehrheit für einen neuen, den nationalen Kurs entschieden hat.

Dieser muß, soll die demokratische Grundlage der Verfassung überhaupt noch ihren Sinn behalten, der nationalen Rechte die Möglichkeit geben, das Vertrauen ihrer Wähler zu rechtfertigen. Dabei ist es unerlässlich, daß der Mandatszahl der Nationalsozialisten Rechnung getragen wird. Diese sind in der Tat über den Rahmen einer Partei hinausgewachsen und verkörpern eine Volksbewegung. Fast 40 Prozent der Wähler gaben ihren Willen dahin kund, daß die Hitlerbewegung die Führung des Reiches übernehmen soll. Es ist unumgänglich, daß diesem Willensausdruck einer in der deutschen Geschichte bislang noch nie in Erscheinung getretenen geschlossenen Masse entgegen wird und die NSDAP. bestimmenden Einfluß in der Reichsleitung erhält. Die anderen Parteien werden darüber befinden müssen, ob sie unter der von der Mehrheit der deutsch eingestellten Wähler geforderten neuen Leitung

positiv mitarbeiten oder dem Staat feindlich gegenüber stehen wollen.

Deutschland hat im letzten halben Jahre eine Wahl nach der anderen erlebt. Sie dienten dazu, die bewegenden Kräfte im Volke zu klären, neuen, aufsteigenden den ihnen zukommenden Platz an der Sonne anzuweisen, alte, verbrauchte auszuschalten. Nun aber ist die Stunde des Aufbaues, der Tat, gekommen. Gewalttätige Aufgaben harren der Lösung. Dazu bedarf es leidenschaftlicher, allerdings von heißer Liebe zum deutschen Vaterland getragener Arbeit. Diese kann nicht gedeihen, wenn die in dauernder Wahlkampfstimmung immer aufs neue betonten Gegensätze weiter im Vordergrund stehen bleiben. Sie müssen, soweit sie sich nicht überhaupt beseitigen lassen, zurücktreten gegenüber dem einenden Willen, das Beste für das Vaterland zu geben. Das Trennende muß verschwinden, alles Gemeinliche sich immer mehr dem Blickfeld der Allgemeinheit darbieten. Wo verschiedene Auffassungen bestehen, lassen sie sich eher ausgleichen, wenn man die Auseinandersetzung in ruhiger Sachlichkeit vornimmt, als wenn man mit heißem Eifer und starrer Eigenwilligkeit an einmal gefaßter Meinung festhält.

Solcher Art müssen die Beziehungen von Mensch zu Mensch, von Volksgenosse zu Volksgenosse wieder werden. Haß und Verbitterung, bedauerliche, aber unvermeidliche Früchte jedes hitzigen Kampfes, sollten allmählich abklingen. Das Volk sehnt sich nach Ruhe für wertfördernde Arbeit, nach Arbeit selbst, nach Brot und Freiheit. Von alledem war in den letzten Monaten viel die Rede, doch getan wurde wenig dafür.

Das muß sich nun ändern, ins Gegenteil umkehren. Alle Hände sollten ans Werk gelegt werden, die Wunden schweigen. Und vor allem die Schreibfedern verhalten. Die Arbeit geht viel besser vonstatten, wenn weniger Gist aus den Federn fließt. Denn unnütz darf keine Kraft mehr vertan werden. Zu groß und zu wichtig ist die Arbeit, die des deutschen Volkes harret. Es wird so schon härteste Willenskraft aufbieten müssen, um nicht vor Vollendung der ihm gestellten Aufgaben müde vom Werk abzulassen.

Die Wahlen haben die Voraussetzungen für ein Wirken in diesem Sinne geschaffen. Neue, unverbrauchte Führerkräfte sind auf den Schild erhoben. Nun hängt es vom Willen eines jeden ab, ob er denen folgen will, denen das deutsche Volk sein Vertrauen bezeugt. Die Liebe zum eigenen Volke, zum heiligen Boden der Heimat muß allen den Weg weisen. Eigennutz hat zu schweigen. Gemeinnutz einzige Richtschnur zu sein. Es gilt, Deutschland und dem deutschen Volke unter den Nationen den Platz wieder zu gewinnen, der ihm nach seiner Größe und nach seinen Leistungen auf allen Gebieten hohem Menschentums zukommt. Das wird Kampf kosten, erbitterten Kampf. Aber den Führer in diesem Kampf hat die Reichstagswahl eindeutig bezeichnet. Nun ist es Sache des Volkes und seiner Vertretung, die Reihen zu schließen, damit die in ihm ruhenden Kräfte zu einheitlichem Einsatz gebracht werden können. Sind alle guten Willens, läßt jeder Selbstsucht, blüht keiner nur auf sein kleines Ich, sondern blickt einziger Weltkern das große Ganze, dann wird der Sieg nicht fehlen.

## Schärfere Maßnahmen gegen Terror.

Für schwere politische Gewalttaten die Todesstrafe angedroht.

### Kein Ausnahmezustand geplant!

Berlin, 5. August. Angesichts der zahlreichen Meldungen über Terrorakte und der von allen Seiten ohne Unterschied der Partei geäußerten Wünsche, daß gegen derartige Ausschreitungen mit aller Strenge vorgegangen werde, hat die Reichsregierung unter dem Vorsitz des Reichsinnenministers, wie bereits kurz gemeldet, gestern mittag in mehrstündiger Sitzung eine neue Notverordnung beraten, durch die den Terrorakten und sonstigen Straftaten mit schärferen Mitteln entgegengetreten werden soll. Diese neue Notverordnung stützt sich zum Teil auf die bereits früher erlassenen Ermächtigungen, zum anderen Teil muß sie jedoch abermals den Artikel 48 zu Hilfe nehmen, da es sich dabei um die Aufhebung einiger sogenannter Grundrechte der Verfassung handelt.

Im wesentlichen werden es verschärfte Bestimmungen über den Mißbrauch von Waffen und Sprengstoffen, über Einbrüche in Waffengeschäfte, Bestimmungen zur Erleichterung von Verhaftungen und zur Erschwerung der Entlassung festgenommener Personen usw. sein. Weiterhin ist die Einleitung von Sondergerichten für die schnellere und schärfere Aburteilung derartiger Terrorakte vorgesehen. Die Durchführung würde demgemäß bei den Justizbehörden der Länder liegen.

### Die außerordentlichen Gerichte

sollen ähnlich organisiert werden wie im Jahre 1923, und ihre Urteile sollen nur noch durch Revision beim Reichsgericht anzufechten sein. Vor diesen außerordentlichen Gerichten sollen alle Gewalttaten verhandelt werden, und zwar in einer Art Schnellverfahren, das bisher nur bei kleinen Sachen möglich war. Die Strafbestimmungen werden vor allem für unbefugten Waffenbesitz verschärfte werden, vielleicht wird sogar schon hierfür Zuchthausstrafe eingeführt. Außerdem wird es strengere Bestimmungen für Landfriedensbruch geben. Bei schweren politischen Gewalttätigkeiten soll

### auf Todesstrafe

erkannt werden. Weiter handelt es sich bei den geplanten Maßnahmen auch um eine verschärfte Handhabung bei Beschlagnahmen von Waffen. Illegaler Besitz und unrechtmäßige Handhabung von Waffen sollen härter bestraft werden als bisher. Die Polizei soll berechtigt sein, Personen, die sie bei politischen Ausschreitungen betrifft, auch in Polizeihaft zu nehmen, selbst wenn sie keine Waffen haben.

Ueber den Inhalt dieser neuen Notverordnung ist sich das Kabinett, wie erwähnt, gestern mittag grundsätzlich schlüssig geworden. Eine andere Frage aber ist es, ob der Beschluß der Inkraftsetzung dieser Verordnung gefaßt wird, der bis jetzt noch aussteht. Die Regierung hat sich die Entscheidung darüber vorbehalten, und um zu welchem Zeitpunkt sie die Genehmigung des Reichspräsidenten für diese

Notverordnung einholen will, denn sie steht auf dem Standpunkt, daß eine derartige Verordnung nur dann verkündet werden soll, wenn sich in den nächsten Tagen keine Beruhigung in der Öffentlichkeit einstellen sollte.

Falls sich die in den letzten Tagen gemeldeten Terrorakte zahlreich wiederholen, wird die Regierung zweifellos keinen Augenblick länger zögern, um die vollkommen fertiggestellte Notverordnung sofort in Kraft treten zu lassen. Wenn jedoch die öffentliche Ruhe und Ordnung nicht weiter gefährdet wird, beabsichtigt die Regierung, von der Verkündung dieser Verordnung überhaupt abzusehen.

In diesem Zusammenhang ist auch darauf hinzuweisen, daß seitens der Parteileitung der NSDAP. erneut betont worden ist, daß die Partei derartige Ausschreitungen auf das schärfste mißbilligt und ihrerseits ebenfalls bemüht sein will, die Angehörigen der SA-Formationen von solchen Gewalttaten abzuhalten. Der politische Beauftragte der NSDAP., Hauptmann a. D. Göring, hat gestern einige Besprechungen mit Mitgliedern der Reichsregierung gehabt, in denen dem Bernehmen nach entsprechende Zusagen seitens der Parteileitung der NSDAP. gegeben wurden. Die Regierung wird auch die Auswirkung dieser Bemühungen der nationalsozialistischen Parteileitung abwarten. Unter diesen Umständen erscheint es fraglich, ob die neue Verordnung überhaupt in Kraft gesetzt werden wird, aber jedenfalls wird sie in Bereitschaft gehalten, um gegebenenfalls sofort verkündet zu werden. Der nationalsozialistische Angriff hatte die Behauptung aufgestellt, daß der Reichsinnenminister die Absicht habe, an einzelnen Orten ein örtliches Verbot der SA. durchzuführen. Diese Behauptung wird vom Reichsinnenminister entschieden in Abrede gestellt.

Die preußische Regierung hat gestern nachmittag eine Kabinettsitzung abgehalten, in der in Ergänzung der von der Reichsregierung gepflogenen Beratungen eine Reihe polizeitechnischer Maßnahmen durchberaten worden sind, die bei der eventuellen Inkraftsetzung der erwähnten Notverordnung erforderlich sein würden. Die Anwendung dieser Maßnahmen hängt von der Verkündung der Notverordnung ab. An die Verhängung des Ausnahmezustandes wird nach wie vor nicht gedacht, und zwar weder des militärischen noch des zivilen Ausnahmezustandes, der in der Einsetzung von Reichskommissaren besteht, auf die die vollziehende Gewalt übergeht.

Es ist allerdings sehr notwendig, daß mit den Terrorakten unter allen Umständen und schnellstens Schluß gemacht wird. Andernfalls möchte die Reichsregierung mit aller Energie gegen den sich täglich weiter ausbreitenden Terror — von dem verordneten Burgfrieden ist ja nichts zu spüren — endlich einschreiten. Es ist damit schon lange gezögert worden, den Ankündigungen, die man mehrfach ge-